

Protokoll

Datum:

11. September 2013

Für:

TeilnehmerInnen des Runden Tisches inkl. Stellvertretungen sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Aufstellung

Referenz/Aktenzeichen: COO.2180.109.7.108911 / 922/2013/01084

Protokoll für den ersten Runden Tisch vom 13. Juni 2013

Vorsitz:	Hansruedi Stadler	Delegierter für Opfer von FSZM
Teilnehmende mit Stimmrecht:	Mirjam Aebischer	Integras Fachverband Sozial- und Sonderpädagogik
	Olivier Baud	Fondation officielle de la Jeunesse
	Ursula Biondi-Müller	Vertreterin administrativ Versorgte
	Wolfgang Bürgstein	Schweizer Bischofskonferenz
	Jean-Louis Claude	Betroffener
	Bernadette Gächter	Vertreterin Zwangssterilisierte
	Margrith Hanselmann	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren
	Lisa Hilafu	Vertreterin Zwangsadoptierte
	Thomas Huonker	Vertreter Heime
	Monique Jametti	Bundesamt für Justiz
	Andreas Jost	Betroffener
	Damian Keller	Schweizer Bauernverband
	Armin Leuenberger	Vertreter Verdingkinder
	David Oberholzer	CURAVIVA
	Sybille Oetliker	Schweizerischer Städteverband
	Chris Pöschmann	Vertreter administrativ Versorgte <i>als StV an dieser Sitzung ohne Stimmrecht</i>
	Claudia Scheidegger	Betroffene

René Schüpbach Betroffener

Uschi Waser Vertreterin Jenische

Teilnehmende

ohne Stimmrecht: Jacqueline Fehr Parlamentarische Gruppe für Opfer von FSZM

Beat Gnädinger Schweizerische Archivdirektorenkonferenz

Gisela Hauss Vertreterin Sozialwissenschaften

Sabine Jenzer Vertreterin Historiker

Elisabeth Keller Eidgenössische Kommission für Frauenfragen

Marco Leuenberger Vertreter Historiker

Diana Wider Konferenz der Kantone für Kindes- und
Erwachsenenschutz

Annegret Wigger Vertreterin Sozialwissenschaften

Gäste: Simonetta Sommaruga Bundesrätin

Elsbeth Aeschlimann Opferberatungsstelle Zürich

Reto Brand Bundesamt für Justiz

Folco Galli Bundesamt für Justiz

Vincenzo Mascioli GS-EJPD

Janine Mauerhofer Assistentin des Delegierten für Opfer von FSZM

Paul Rechsteiner Ständerat

Protokoll: Rahel Müller Bundesamt für Justiz

Entschuldigt: Pierre Avanzino Vertreter Historiker

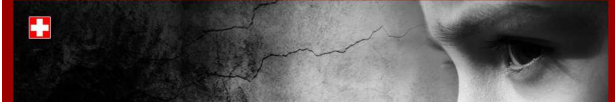
Martin Lengwiler Vertreter Historiker

Luzius Mader Bundesamt für Justiz

Loretta Seglias Vertreterin Historiker

Philippe Woodtli Schweizerischer evangelischer Kirchenbund

Walter Zwahlen Vertreter Verdingkinder



1 Der Delegierte begrüsst die Anwesenden und hält einige einleitende Bemerkungen fest. Er
2 betont insbesondere die für die Erarbeitung von fundierten Lösungen benötigte Zeit. Dies
3 bedeute jedoch nicht ein Vertrödeln. Der RT entscheide gemeinsam über seine Ziele. Die
4 Anwesenheit von Bundesrätin Sommaruga sei ein Zeichen ihrer Wertschätzung und der
5 Ernsthaftigkeit, die sie dem Gremium und der Arbeit des RT entgegen bringe.

6 **1. Eröffnung durch Bundesrätin Sommaruga**

7 Bundesrätin Sommaruga unterstreicht die Wichtigkeit des Gedenkanlasses vom 11. April
8 2013. Sie habe seither viele berührende Schreiben erhalten. Diese hätten sie noch mehr
9 motiviert. Der 11. April 2013 sei ein Anfang gewesen; die wichtige Aufgabe sei nun anzupa-
10 cken. Der heutige RT sei Beweis dafür, dass es jetzt auch richtig anfangen. Wichtig sei eine
11 umfassende, breite Aufarbeitung. Das Geschehene dürfe sich nicht wiederholen. Die Bevöl-
12 kerung müsse sich mit dem Thema beschäftigen. Bundesrätin Sommaruga verweist auf die
13 erfolgte breite Berichterstattung in den Medien und warnt davor, sich durch diese täuschen
14 zu lassen. Der Bevölkerung sei das Ausmass des geschehenen Unrechts noch nicht be-
15 kannt. Die Anerkennung von Unrecht setze voraus, dass das Geschehene bekannt sei.

16 Bundesrätin Sommaruga führt aus, dass das heutige Treffen eine Premiere sei, an welcher
17 die verschiedenen Involvierten zusammen kommen würden. Sie verweist auf wichtige Fra-
18 gen, die neben der historischen Aufarbeitung im Raum stehen würden: Aktenzugang, rechtli-
19 che und finanzielle Fragen. Sie bestätigt die Ausführungen des Delegierten, dass die Ziele
20 nur gemeinsam erreicht werden könnten. Bundesrätin Sommaruga kommt auf die Rolle des
21 Delegierten zu sprechen. Sie verweist auf die unparteiische Stellung des Delegierten sowie
22 auf das ihm erteilte Mandat. Der Delegierte soll eine unparteiische Anlaufstelle für alle Fra-
23 gen sein, die sich für Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen stellen. Er soll zu-
24 sammen mit allen Involvierten die Aufarbeitung der offenen Fragen einleiten und zu einem
25 RT einladen - was nun geschehen sei. Er soll in Rücksprache mit den involvierten Akteuren
26 die Zusammensetzung des RT sowie die Grundsätze der Zusammenarbeit, die Arbeitsweise,
27 das Konzept, Aufgabenbereiche und das Arbeitsprogramm festlegen. Sie habe bewusst auf
28 ein Diktat verzichtet. Die Teilnehmenden sollen sich ihre Prioritäten selber geben können
29 und Lösungsvorschläge für die offenen Fragen seien gemeinsam zu entwickeln.

30 Bundesrätin Sommaruga spricht Herrn Stadler ihren grossen Dank aus. Sie kommt kurz auf
31 die Frage der Entschädigung des Delegierten zu sprechen. Herr Stadler sei mit einem 20%
32 Mandat betraut worden. Er habe in den vergangenen Wochen das vier- bis fünffache für die-
33 ses Mandat aufgewendet - ohne Kompensation. Bundesrätin Sommaruga dankt ferner dem
34 Bundesamt für Justiz.

35 Zur Arbeitsweise führt Bundesrätin Sommaruga aus, Ziel sei, dass der RT Empfehlungen
36 abgebe und Lösungsvorschläge erarbeite. Ihre Erfahrung habe gezeigt, dass breit abgestütz-
37 ten Empfehlungen die grösste Gewichtung zukomme. Deshalb sei es wichtig, dass am RT
38 ein Klima des Vertrauens entstehe. Sie warnt davor, Unzufriedenheit nach aussen zu tragen.
39 Auch wenn es schwierig sei, sollte zusammen gehalten werden. Forderungen aufzustellen,
40 könne zu Enttäuschungen führen. Sie erinnert daran, dass der RT auch jene Stimmen vertre-
41 te, die nicht am RT vertreten seien. Auch wenn die Reise zwischendurch auf Schwierigkeiten

1 stossen sollte, wünsche sie sich, gemeinsam am Ziel anzukommen. Sie verstehe die Unge-
2 duld, aber wenn 25 Jahre nichts geschehe, könnten Lösung nicht in zwei bis drei Monaten
3 erzielt werden. Sie bedauert das geschehene Versäumnis. Fundiert erarbeitete Lösungen
4 bedürften aber Zeit. Alle müssten sich bewegen, es sei ein Prozess. Sie dankt den Teilneh-
5 menden des RT.

6 Frau Aebischer fragt Bundesrätin Sommaruga, was ein Merkmal des RT für seinen Erfolg
7 resp. sein Scheitern wäre. Bundesrätin Sommaruga antwortet, das Wichtigste sei, dass ge-
8 meinsame Lösungsvorschläge präsentiert würden. Das "Gemeinsame" sei entscheidend.
9 Schöne Empfehlungen, die politische nicht umgesetzt werden könnten, seien nicht zielfüh-
10 rend.

11 Herr Claude erkundigt sich, ob seine Teilnahme nötig, wichtig und sinnvoll sei. Bundesrätin
12 Sommaruga erwidert, davon sei sie überzeugt. Eine paritätische Zusammensetzung sei sehr
13 wichtig. Sie verweist darauf, dass die Behörden die Betroffenen, ihre Stimmen, Erfahrungen
14 und Glaubwürdigkeit brauchen würden. Die Lösungen seien *mit* den Betroffenen und nicht
15 über die Betroffenen hinweg zu erarbeiten. Der RT brauche die Betroffenen und Bundesrätin
16 Sommaruga dankt ihnen für ihr Mitwirken. Bundesrätin Sommaruga fügt an, der RT sei eine
17 Schicksalsgemeinschaft.

18 Frau Biondi verlangt absolute Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit. Die Teilnehmenden
19 dürften nicht zum Stillschweigen verpflichtet werden. Bundesrätin Sommaruga bekräftigt,
20 dass keine Maulkörbe aufgezwungen würden. Vertrauen bedinge aber eine gewisse Vertrau-
21 lichkeit. Die Spielregeln seien gemeinsam festzulegen.

22 **2. Einführung und Konstituierung**

23 Herr Stadler berichtet über die erfolgten Vorbereitungsarbeiten. Er betont, dass Konzeption
24 und Zusammensetzung des RT offen seien. Bei den Betroffenen sehe er eine Partizipation
25 auf drei Ebenen: Einsitz am RT, Einsitz in der Begleitgruppe sowie der Beizug weiterer Be-
26 troffener ("Anhörung") zu spezifischen Themen. Er verweist auf die eingereichten Unterlagen
27 und führt aus, dass wegen der Kurzfristigkeit die Übersetzung nicht mehr habe gewährleistet
28 werden können. Der Delegierte fasst die heute anwesenden TeilnehmerInnen zusammen
29 und bekräftigt die Wichtigkeit, Stellvertretungen zu bestimmen.

30 **2.1 Konzept und Aufgaben**

31 Antrag: Der Delegierte verweist auf die erfolgten Rückmeldungen und die beantragten Ände-
32 rungen durch das EJPD. Das Departement wünsche, dass die Arbeiten wenn möglich bis
33 *Ende 2014, spätestens bis Mitte 2015*, abzuschliessen seien. Der Delegierte schlägt vor,
34 dieser Akzentuierung sei zuzustimmen. Dies bedeute nicht der Abschluss sämtlicher Arbei-
35 ten bis zu diesem Zeitpunkt. Insbesondere die historische Aufarbeitung werde weiterlaufen.

36 Herr Huonker betont, dass die Betroffenen in den letzten Jahren nichts versäumt hätten. Die
37 Offenheit der Behörden und Verbandsvertreter sei jedoch neu. Er führt aus, dass parallel
38 zum RT wichtige Arbeiten bereits aufgegleist und in Angriff genommen werden müssten.
39 Herr Huonker stimmt der vorgeschlagenen Verkürzung zu. Die Arbeitsweise müsse aber
40 angepasst und insbesondere das eingeleitete Tempo aufrecht erhalten bleiben. Die von den
41 organisierten Betroffenen eingebrachten Forderungen seien nicht unerfüllbar. Es bedürfe
42 aber genau fundierte Expertisen, wie die Umsetzung zu erfolgen habe. Der RT sei kein Gre-
43 mium von Beamten. Gesetzliche Spielregeln würden fehlen. Die Öffentlichkeit und die Betrof-
44 fenen dürften nicht im Dunkeln gelassen werden. Insbesondere die Verbandsvertreter müss-
45 ten mit ihren Verbänden Rücksprache halten.

46 Der Delegierte bestätigt die Wichtigkeit der Transparenz. Bei der Kommunikation müsse
47 aber auf die schwierige Aufgabe des RT Rücksicht genommen werden.

1 Antrag: Der Delegierte verweist auf die zweite gewünschte Änderung des Departements:
2 Unter dem Titel finanzielle Fragen, sei der letzte Satz wie folgt zu formulieren: "*Auch sind die*
3 *verschiedenen Unterstützungsmöglichkeiten im heutigen Sozialhilfesystem auszuloten*". Er
4 beantragt Annahme der Änderung, zumal "Ausloten" den Begriff "Spielräume" bereits bein-
5 halte.

6 Beschluss: Die Anträge des Delegierten bleiben unbestritten und die beantragten Änderun-
7 gen werden stillschweigend gutgeheissen.

8 **2.2 Zusammensetzung**

9 Der Delegierte betont die Wichtigkeit der Vertretung von mindestens zwei Landessprachen
10 am RT. Er verweist auf das Ungleichgewicht zwischen den Heimen und den Kanto-
11 nen/Städte/Gemeinden einerseits und andererseits auf weitere nicht organisierte Betroffene,
12 die ebenfalls gerne am RT Einsitz nehmen möchten.

13 Antrag: Der Delegierte schlägt vor, auf der Seite "nicht organisierte Betroffene" um zwei wei-
14 tere Teilnehmende zu erhöhen, reserviert für Betroffene aus der Romandie oder aus dem
15 Tessin. Die Besetzung erfolge in Absprache mit den Betroffenen, unterstützt durch Herrn
16 Avvanzino. Dies ermögliche auch eine Erhöhung um zwei Sitze auf der Seite Kanto-
17 ne/Städte/Gemeinden. Der Delegierte schlägt entsprechend vor, die KOKES nicht nur als
18 beratende Stimme, sondern als "Vollteilnehmerin" an den RT aufzunehmen. Der zweite Sitz
19 auf Seiten Kantone/Städte/Gemeinden sei durch diese selber zu besetzen. Als Möglichkeit
20 sieht er einen weiteren Sitz für die Städte/Gemeinden (diese teilen sich z.Z. einen Sitz im
21 Turnus). Herr Stadler betont, dass die Zusammensetzung des RT offen sei.

22 Herr Claude bestätigt die Notwendigkeit der stärkeren Vertretung der Romandie und bekräf-
23 tigt, dass Herr Avvanzino über viele Kontakte verfüge. Herr Huonker verweist auf die Ver-
24 schiebung des Gleichgewichts auf die nicht-organisierten Betroffenen und schlägt vor, die
25 Sitze auch für die organisierten Betroffenen offen zu halten. Frau Hanselmann betont die
26 Wichtigkeit der Vertretung der KOKES. Falls es nur einen Platz gebe, vertrete die SODK die
27 Kantone.

28 Beschluss: Der Delegierte hält fest, der RT sei grundsätzlich mit einer Aufstockung einver-
29 standen.

30 Frau Oetliker betont, dass die Städte und Gemeinden mit der Erweiterung, resp. einem zu-
31 sätzlichen Sitz für die Städte und die Gemeinden, sehr einverstanden wären, und dass eine
32 solche die Arbeiten erleichtern würde.

33 Frau Waser verweist auf den bestehenden Druck auf die Teilnehmenden und insbesondere
34 auf die organisierten Betroffenen.

35 Frau Aebischer hinterfragt, ob das Verhältnis Heime/Bauernverband ausgeglichen sei. Herr
36 Huonker fügt an, der Medizinal-/Psychiatriesektor sei ebenfalls nicht vertreten. Der Delegier-
37 te verweist auf mit der Wissenschaft geführte Gespräche. Ein gewisser Teil könne durch
38 Herrn Lengwiler abgedeckt und die Psychiatrie punktuell einbezogen werden. Frau Wigger
39 bestätigt, aus der wissenschaftlichen Perspektive könne die Medizin als beratende Stimme
40 interdisziplinär miteinbezogen werden. Wenn es aber um die Verantwortungsübernahme
41 gehe, sei eine allfällige Teilnahme anders zu beurteilen. Der Delegierte schlägt vor, diese
42 Frage pendent zu halten. Auch betreffend die Aufteilung Betroffenenvertreter / organisierte
43 Betroffene macht der Delegierte beliebt, die Aufteilung bilateral mit den Betroffenen aufzu-
44 nehmen und hier am RT pendent zu halten.

45 Der Delegierte spricht betreffend die Begleitgruppe an, dass diese evtl. durch eine externe
46 Person zu moderieren sei. Er regt an, dass diese Person ebenfalls als beratende Stimme am
47 RT teilnehme.

1 Der Delegierte führt zu den beratenden Stimmen aus, dass diese streng juristisch betrachtet
2 nicht stimmberechtigt seien. Selbstverständlich dürften aber auch die beratenden Stimmen
3 Empfehlungen und Anregungen abgeben.

4 **2.3 Arbeitsweise und Grundsätze der Zusammenarbeit**

5 Der Delegierte verweist auf das Arbeitspapier "Arbeitsweise des Runden Tisches und
6 Grundsätze der Zusammenarbeit".

7 Der Delegierte regt an, am Schluss jeder Sitzung abzusprechen, was beschlossen worden
8 sei und was wie gegen aussen kommuniziert werde.

9 Herr Keller verweist auf die erfolgte aktive Mitwirkung des SBV. Im Vorfeld des 1. RT habe
10 sich gezeigt, dass die Erwartungen und Forderungen gegenüber dem 1. RT immens seien.
11 Er hinterfragt, ob der erfolgte mediale Umgang dem gemeinsamen Verständnis entspreche.
12 Er erachte insbesondere die gewählte Begrifflichkeit "Täter" und die damit verbundene Vor-
13 verurteilung als nicht vertrauensfördernd. Der Konsens der medialen Vorgehensweise sei
14 ihm ein Anliegen. Ansonsten werde es von Anfang an sehr schwierig.

15 Frau Biondi betont, den Schwerstbetroffenen sei so schnell wie möglich durch einen Härte-
16 fallfonds zu helfen, da diesen die Zeit davon laufe. Herr Huonker führt aus, die Berichterstat-
17 tung in den einzelnen Medien sei Sache der einzelnen Medien. Er sehe hier kein Problem.
18 Eine gemeinsame Kommunikation sei aber besser. Zur Terminologie fügt Herr Huonker an,
19 es sei wichtig, den RT, als RT für Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen vor 1981
20 zu bezeichnen. Er spreche jeweils von Rechtsnachfolgern von ehemaligen Täterorganisati-
21 onen. Ferner könne auch von Akteuren gesprochen werden.

22 Frau NR Fehr verweist auf ihre Rolle als Zwischenglied zwischen dem Parlament und Grup-
23 pierungen wie dem RT. Sie betont, dass der RT eine wichtige Plattform sei, da der richtige
24 Weg bis jetzt noch nicht habe gefunden werden können. Ohne den RT hätten bis jetzt noch
25 keine Gremien mit Entscheidungsträgern überzeugt werden können. Sie verweist beispiel-
26 haft auf die gescheiterte Vorlage für die Rehabilitierung von Zwangssterilisierten. Sie sei
27 überzeugt, dass der schnellstmögliche Weg dieser RT sei. Die Forderungen seien gemein-
28 sam sorgfältig zu erarbeiten. Diese Sorgfalt habe auch mit der Kommunikation zu tun. Die
29 Medien interessiere nur das, was am RT trenne. Der RT müsse diesem Delta gemeinsam
30 entgegenhalten. Nur "das Gemeinsame" werde die Entscheidträger überzeugen.

31 Der Delegierte macht beliebt, bei Bedarf allfällige divergierende Positionen im Sinne der
32 Transparenz auch nach aussen abzubilden.

33 Frau Scheidegger führt aus, dass das Unrecht nicht nur vor 1981 geschehen sei. Sie ver-
34 weist auf ihre heutigen Schwierigkeiten im Alltag und die bis jetzt erfolglos gebliebene Suche
35 nach Lösungen, um ihre Blockade überwinden zu können. Der Delegierte bestätigt, dass die
36 Auswirkungen des Regimes bis heute spürbar seien. Es sei wichtig, dass diese Betroffenheit
37 ernst genommen werde.

38 Herr Jost verweist auf zwei Aspekte: 1. die finanzielle Situation (verunmöglichte Ausbildung
39 usw.); 2. die berufliche Verwirklichung und persönliche Selbstverwirklichung.

40 Frau Hilafu bestätigt das Votum von Frau Scheidegger und verweist zudem auf die zweite
41 Generation, die ebenfalls einbezogen werden müsse.

42 Herr Claude verweist insbesondere auf das Problem der Akteneinsicht und erkundigt sich
43 nach finanziellen Fragen.

44 Frau Gächter bekräftigt die Wichtigkeit der Vertretung der Psychiatrie am RT, die vor allem
45 bei den Zwangssterilisierten eine grosse Rolle gespielt habe. Sie regt ferner an, Betroffene
46 psychologisch zu betreuen.

- 1 Der Delegierte dankt für die geäußerten Voten und bestätigt deren Wichtigkeit.
- 2 Herr Jost macht darauf aufmerksam, dass es auch andere Bereiche gebe. Geld alleine löse
3 nicht alles. Er denke an Schadensregulierung. Er wünsche sich, ein normales Leben mit ei-
4 nem normalen Einkommen leben zu können. Er dankt für die Möglichkeit, dass nicht für,
5 sondern mit den Betroffenen diskutiert werde.
- 6 Frau Waser schliesst sich dem Votum von Herrn Jost an. Die Kosten für eine psychiatrische
7 Behandlung (Differenzbetrag) seien oft nicht gedeckt.
- 8 Frau Biondi unterstützt die Aussage von Frau Waser. Sie führt aus, sie könne die psycholo-
9 gische Betreuung von Betroffenen nicht mehr alleine übernehmen. Fachkräfte seien drin-
10 gend notwendig.
- 11 Frau Hanselmann verweist auf die aufgegleisten Anlaufstellen. Sie räumt ein, dass diese
12 noch optimierbar seien.
- 13 Frau Aebischer kommt auf die Frage der Zusammensetzung des RT zurück und macht be-
14 liebt, dass die Psychiatrie Einsitz am RT nehme.
- 15 Frau Hilafu wünscht sich eine neutrale Anlaufstelle. Bei Zwangsadoptionen seien die Kinder
16 den Eltern gerade durch die Behörden weggenommen worden. Auf die Frage der Anlaufstel-
17 len wir unter Traktandum 3 zurückgekommen.
- 18 Der Delegierte führt aus, auf die Frage des Einbezugs der Psychiatrie am RT werde zurück-
19 gekommen. Er dankt für die geäußerten Stimmen, die er gerne entgegen genommen habe.

20 **2.4 Administrative Fragen**

- 21 Der Delegierte verweist auf die Präsenzliste, die im Umlauf sei, und bittet um Ergän-
22 zung/Korrektur.
- 23 Die Simultanübersetzung sei auch künftig gewährleistet. Wichtige Dokumente würden ferner
24 dt und frz verfasst. Dokumente seien 10 Tage vor den Sitzungen dem Sekretariat zuzustel-
25 len. Falls diese übersetzt werden müssen, habe der Eingang beim Sekretariat spätestens
26 drei Wochen vor der jeweiligen Sitzung zu erfolgen. Rahel Müller besorge das Protokoll der
27 Sitzungen des RT. Für weitere administrative Aufgaben sei Janine Mauerhofer zuständig.
- 28 Betroffene und selbständig Erwerbstätige würden Anspruch auf ein Taggeld von CHF 400
29 zzgl. Spesen haben.
- 30 Beschluss: Der Delegierte schliesst seine Ausführungen damit, dass er den RT als konstitu-
31 iert und die besprochenen Dokumente als Grundlage für die künftige Zusammenarbeit erach-
32 te.

33 **3. Anlaufstellen und Archive: Stand und Erfahrung**

34 **3.1 Archive**

- 35 Herr Gnädinger, Präsident der Schweizerischen Archivdirektorenkonferenz und Staatsarchi-
36 var des Kantons Zürich, informiert über die Funktionen der Staatsarchive. Er informiert über
37 die Ergebnisse einer bei den kantonalen Archiven erfolgten Umfrage. Bis am 11. Juni 2013
38 hätten sich gegen 70 Betroffene bei den Archiven gemeldet. Die Atmosphäre der geführten
39 Gespräche sei unterschiedlich, mehrheitlich jedoch gut gewesen. Die Überlieferungssituation
40 sei oft relativ gut, es bestünden jedoch auch Lücken. Durchschnittlich werde ein halber Tag
41 pro "Fall" aufgewendet. Die Forderung auf Aktenherausgabe werde sehr selten gestellt und
42 könne im Einzelfall gut geklärt werden. Die Zusammenarbeit mit den Anlaufstellen funktionie-
43 re gut.

- 1 Frau Biondi erkundigt sich nach der Aktenberichtigung. Herr Gnädinger bestätigt, dass diese
2 Frage teilweise gestellt werde. In vielen Fällen sei es wichtig, einen Bestreitungsvermerk
3 anzubringen und eine Gegendarstellung beilegen zu lassen. Einem solchen Begehren werde
4 de facto grundsätzlich entsprochen, auch wenn dies rechtlich nicht in allen Kantonen explizit
5 vorgesehen sei. Frau Biondi empfiehlt die Vornahme einer solchen Berichtigung. Herr Baud
6 führt aus, im Kanton Genf sei ein grosser Aufwand in die Aktensicherung investiert worden.
7 Einige Akten seien jedoch bereits verbrannt worden. Im Kanton Genf sei die Akteneinsicht
8 kostenpflichtig. Er regt an, dass solche Kosten durch die Behörden zu tragen seien. Herr
9 Schüpbach informiert über seine Suche bei den Heimen. Ihm sei mitgeteilt worden, die Akten
10 seien vernichtet worden. Er erkundigt sich, ob eine solche Aussage durch das Staatsarchiv
11 nachgeprüft werden könne. Herr Gnädinger führt aus, die Staatsarchive würden bei persönli-
12 cher Betroffenheit keine Gebühren erheben. Er habe aber keinen Überblick über private und
13 kommunale Archive. Er empfiehlt, sich an die kantonalen Archive zu wenden und um Unter-
14 stützung zu bitten. Dies gelte auch für die Aktenlage.
- 15 Herr Claude führt aus, die Begleitung bei der Akteneinsicht sei oft wichtiger als der Zugang
16 zu einem Dokument. Die Durchsicht solcher Dokumente sei sehr belastend. Herr Gnädinger
17 ist sich der emotionalen Belastung bewusst und er verweist betreffend Begleitung auf die
18 nachfolgenden Ausführungen von Frau Aeschlimann. Herr Claude erkundigt sich nach dem
19 Zugang zu Dokumenten von kirchlichen Institutionen. Herr Gnädinger erwidert, dies sei kan-
20 tonal unterschiedlich.
- 21 Frau Hilafu führt aus, Mütter, deren Kindern weggenommen worden seien, würden auf Grund
22 des Adoptionsgeheimnisses keine Akteneinsicht erhalten. Sie schlägt vor, das Adoptionsge-
23 heimnis in solchen Fällen aufzuheben.
- 24 Frau Gächter berichtet über ihre Erfahrungen bei der Akteneinsicht. Der Zugang sei nur
25 durch Mediendruck möglich gewesen. Die Akten seien voll von Unwahrheiten und sie fordere
26 die Herausgabe der Akten.
- 27 Antrag: Der Delegierte betont die Wichtigkeit der erfolgten Rückmeldungen. Für ihn bestün-
28 den bestimmte Kernfragen: Gebühren, Aktenbestand und -sicherung, Aktenberichtigung,
29 kantonale Besonderheiten, usw. Er schlägt vor, den Auftrag zu erteilen, am zweiten RT von
30 Seiten der Archive die Auslegeordnung der Kernfragen darzulegen.
- 31 Frau Keller bedankt sich für diesen konkreten Vorschlag und ergänzt die Auslegeordnung
32 um den zentralen Punkt der Aktenberichtigung. Der Delegierte verweist auf Zielkonflikte zwi-
33 schen der Wissenschaft und den Betroffenen.
- 34 Herr Huonker informiert betreffend bischöfliche Archive, im Kanton Luzern sei der Zugang
35 gewährleistet gewesen. Zu den Zielkonflikten schlägt er vor, in den Archiven könnten Kopien
36 belassen werden oder den Betroffenen könnte zumindest die Möglichkeit eingeräumt wer-
37 den, den Ort der Aufbewahrung (z.B. Frauenarchiv) (mit-) zu bestimmen.
- 38 Frau Wigger ergänzt, dass auch heute laufend Akten geführt würden. Wichtig sei, dass die
39 Betroffenen sicherstellen können, dass eine Anschlusslogik bestehe (Berichtigung). Der
40 Wissenschaft sei es ein Anliegen, dass die Erkenntnisse in die aktuelle Situation einbezogen
41 werden können.
- 42 Beschluss: Der Delegierte schliesst das Thema mit der Wiederholung des Auftrages an die
43 Staatsarchive, anlässlich des zweiten RT eine Auslegeordnung der Kernfragen zu präsentie-
44 ren.
- 45 Frau Bundesrätin Sommaruga schliesst die Vormittagssitzung und bedauert, dass ihre An-
46 wesenheit am Nachmittag leider nicht möglich sei. Sie dankt den Teilnehmenden und bekräf-
47 tigt, dass der eingespurte Weg der Richtige sei.

1 *Protokollnotiz:* Die Berichterstattung über die Anlaufstellen erfolgt am Nachmittag im An-
2 schluss an das Traktandum 4.

3 **3.2 Anlaufstellen**

4 Der Delegierte informiert über die erfolgten Arbeiten betreffend Einrichtung von kantonalen
5 Anlaufstellen. Die Arbeiten hätten innert kürzester Zeit aufgegleist und aufgenommen wer-
6 den müssen.

7 Frau Aeschlimann, Leiterin der Opferberatungsstelle Zürich, verweist auf ihre Erfahrungen.
8 Die Opferberatungsstellen seien sich grundsätzlich gewöhnt, Schicksale anzuhören. Die Ge-
9 schichten der Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen würden aber die Mitarbeiten-
10 den der Beratungsstelle berühren.

11 Nach zwei Monaten Beratungstätigkeit für die Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnah-
12 men könne nicht alles perfekt sein. 15 Opferberatungsstellen seien als Anlaufstellen be-
13 zeichnet worden. Opferberatungsstellen seien in den meisten Kantonen unabhängige Stel-
14 len. Sämtliche Opferberatungsstellen unterstünden einer Schweigepflicht. Nach zweimonati-
15 ger Erfahrung habe die SODK bei den Anlaufstellen eine Umfrage durchgeführt, um die Be-
16 dürfnisse der Betroffenen und der Anlaufstellen zu erheben. Insgesamt hätten sich 97 Betrof-
17 fene gemeldet. Den Betroffenen sei es in erster Linie darum gegangen, das Erlebte zu er-
18 zählen. Die Anlaufstellen würden Beratungsgespräche anbieten - ausnahmsweise auch bei
19 den Betroffenen zu Hause. Die Erzählungen würden festgehalten werden, auch um den Be-
20 troffenen im Anschluss bei der Aktensuche helfen zu können. Auch die Fahrspesen würden
21 ersetzt. Therapien würden vermittelt und wenn möglich finanziert. Anlaufstellen, die weiter
22 verweisen, seien wenig sinnvoll. Die Mitarbeitenden würden den Archiven mailen und die
23 Betroffenen bei Bedarf auch in die Archive begleiten. Die Richtigstellung der eigenen Akten
24 sei ein grosses Bedürfnis. Auch die finanzielle Entschädigung sei oft ein Thema. Hier würde
25 ein Vermerk in den Akten vorgenommen. Falls zu einem späteren Zeitpunkt eine Entschädi-
26 gung ein Thema werde, biete die Anlaufstelle Zürich an, dass die Notizen (nach Entbindung
27 der Schweigepflicht) hierfür weiterverwendet werden könnten. So müssten die Betroffenen
28 ihre Geschichte nicht nochmals erzählen. Die Anlaufstelle Zürich sei auch bereit - auf
29 Wunsch der Betroffenen - die Notizen an die Historiker weiterzugeben.

30 Handlungsbedarf bestehe in einer Vereinheitlichung der Leistungen in den Kantonen. Zu
31 diesem Punkt sei ein Erfahrungsaustausch vorgesehen. Ziel dieses Treffens sei, Richtlinien
32 zu erarbeiten. Bei der Aktensuche bestünden verschiedene Fragen: z.B. sind Heime ver-
33 pflichtet, die Akteneinsicht zu gewähren? Oder: wie ist das Verfahren der Aktenberichtigung?
34 Wie ist beim Wunsch von finanzieller Entschädigung vorzugehen? Anmerkung bei den An-
35 laufstellen?

36 Frau Aeschlimann verweist ferner auf folgende geäusserten Fragen:

- 37 – Gegenüberstellung mit dem ehemaligen Vormund?
- 38 – Behandlung der 2. Generation?
- 39 – Was wird unternommen, dass heute die Kontrollen anders gemacht werden?

40 Frau Biondi verweist betreffend Kontrollen auf das neue Kindes- und Erwachsenenschutz-
41 recht. Im neuen Gesetz würden unabhängige, verwaltungsexterne Aufsichtsbehörden fehlen.

42 Herr Claude gibt zu bedenken, dass in katholischen Institutionen viele Akten nicht mehr zu
43 Verfügung stehen würden. Er fügt an, es würden zwar viele Personen an die Anlaufstellen
44 weitergeleitet. Die Information in der Presse reiche jedoch nicht aus, damit das Angebot der
45 Anlaufstellen bekannt werde. Viele Betroffene würden sich auch nicht trauen über ihr Schick-
46 sal zu sprechen.

- 1 Frau Biondi verweist auf administrativ Versorgte, die sich bei ihr melden, die ihrer Familie
2 nichts erzählt hätten. Es gebe viele Menschen, die dieses schwere Geheimnis in sich tragen
3 würden.
- 4 Frau Aeschlimann nimmt das Votum von Herrn Claude auf. Es bestünden Fragen, denen
5 noch nachgegangen werden müsse. Die Anlaufstellen seien sehr bemüht, sich von Institutio-
6 nen nicht schnell abspesen zu lassen. Herr Claude erwidert, es würde um Fakten gehen.
7 Der SOS Prävention habe man Namen weitergegeben. Man habe ihm nicht einmal bestätigt,
8 dass diese Personen gelebt haben. Frau Hanselmann bekräftigt, dass auch die Staatsarchi-
9 ve bei der Aktensuche helfen würden. Der Ansatz des RT sei, das Geschehene aufzuarbei-
10 ten und zu Lösungen zu kommen. Sie fügt an, die SODK sammle zurzeit die offenen Fragen
11 der Anlaufstellen und versuche, Lösungen zu finden und den Austausch zu ermöglichen.
- 12 Herr Gnädinger verweist auf die bunte Landschaft von verschiedenen gesetzlichen Grundla-
13 gen in den Kantonen. Er verweist auf die Möglichkeit des RT, hier konsensuale Lösungen zu
14 präsentieren.
- 15 Frau Keller bekräftigt die Wichtigkeit von Vernetzungstreffen der Anlaufstellen. Sie verweist
16 auf abgewiesene Betroffene. Sie sieht Handlungsbedarf, eine Vereinheitlichung in den Kan-
17 tonen zu erzielen. Sie erkundigt sich, wie die Vernetzung zwischen den Anlaufstellen den
18 Kantonen und dem Delegierten funktioniere. Für die Betroffenen dürfe keine Holschuld be-
19 stehen. Es müsse mehr kommen.
- 20 Herr Jost führt aus, er habe Kontakt mit drei Anlaufstellen gehabt. Den Anlaufstellen würde
21 es häufig an Kompetenzen fehlen. Es sei wichtig, dass Betroffene eine direkte Soforthilfe
22 erhalten würden. Die Anlaufstellen seien mit einem Fonds zu verknüpfen: sei dies Arbeits-
23 vermittlung oder auch Direktzahlungen im Notfall.
- 24 Frau Aeschlimann führt aus, das Angebot der Anlaufstellen müsse bekannt gemacht werden.
25 Dazu brauche es aber zuerst einen interkantonalen Austausch. Zum Votum von Frau Biondi
26 bestätigt Frau Aeschlimann, die Situation von Betroffenen, die ihr Schicksal noch mit nie-
27 mandem geteilt haben, sei auch für sie beschwerlich. Sie würden die Betroffenen so gut be-
28 gleiten, wie möglich. Frau Biondi bestätigt die Wichtigkeit einer solchen Begleitung.
- 29 Frau Hanselmann fügt an, die Anlaufstellen könnten nicht alle Probleme lösen. Natürlich be-
30 stehe Optimierungsbedarf und die SODK werde um eine Harmonisierung bemüht sein. Sie
31 sei auch froh um Rückmeldungen betreffend schlecht-funktionierende Anlaufstellen. Die Zu-
32 sammenarbeit zwischen dem Delegierten, dem BJ, der SODK, der KOKES und den Anlauf-
33 stellen funktioniere gut und der Rücklauf zum RT sei sichergestellt.
- 34 Herr Huonker informiert über das Anliegen der Opferberatungsstelle Bern, wie mit Betroffe-
35 nen umzugehen sei, die materielle Hilfe ersuchen. Dies führe auf die Diskussion zurück,
36 dass es dringend sei, mit dem Härtefallfonds zügig voranzuschreiten. Er vermisse ferner die
37 Schnittstelle zwischen Anlaufstellen/Wissenschaft. Falls es dem Wunsch der Betroffenen
38 entspreche, sei ihre Geschichte durch Wissenschaftler aufzuzeichnen.
- 39 Herr Pöschmann verweist auf Rückmeldungen von Betroffenen, die von Anlaufstellen ent-
40 täuscht worden seien. Er skizziert folgende Leistungen der Anlaufstellen: 1) Unterstützung
41 bei Anträgen beim Sozialamt, Steueramt, Krankenkassen, usw. Hier sei eine vorübergehen-
42 de Soforthilfe notwendig. 2) Sensibilisierung bei den Anlaufstellen, dass die Betroffenen ver-
43 letzt seien und nicht (erneut) zurückgewiesen werden sollten.
- 44 Frau Hanselmann führt aus, das Problem der Weiterleitung an Organisationen sei ihr be-
45 kannt. Sie nehme das Gehörte mit.

1 Frau Aeschlimann ergänzt, dass ihre Mitarbeitenden Begleitungen an Ämter anbieten wür-
2 den. Sie könne aber nicht für die ganze Schweiz sprechen. Ziel und Inhalt des RT sollte sein,
3 dass die Anliegen gehört werden. Sie sei froh um diese Rückmeldungen.

4 Frau Aebischer lobt die gute Arbeit der Opferhilfestelle Zürich, die weitsichtig aufgegleist
5 worden sei. Sie hoffe, dass dies als Standard für die anderen Opferhilfestellen gelten werde.
6 Sie knüpft betreffend Akteneinsicht in Heimen an und kündigt Sensibilisierungsarbeiten an.

7 Frau Hilafu führt aus, die Adoptierten würden vom Angebot der Anlaufstellen nicht erfasst.
8 Frau Jametti informiert, dass auf Grund des Adoptionsgeheimnisses nach geltendem Recht
9 der Informationsaustausch nicht möglich sei. Sie ergänzt, dass diese gesetzliche Regelung
10 in Änderung sei. Frau Aeschlimann ergänzt, dass Anlaufstellen auch Mütter beraten würden.

11 Der Delegierte dankt Frau Aeschlimann für ihre Ausführungen. Er bekräftigt nochmals die
12 zeitliche Komponente bei der Errichtung der Anlaufstellen. Der RT wünsche gut funktionie-
13 rende Anlaufstellen. Der Austausch zwischen den Anlaufstellen erhöhe die Qualität. Das
14 praktische Bündel von Leistungen, das geboten werden könne, müsse kommuniziert werden.
15 Das Leistungsangebot der Anlaufstelle Zürich entspreche den Vorstellungen des RT und sei
16 verdankenswert.

17 **4. Information zum Entwurf zu einem BG über die Rehabilitation administrativ ver-** 18 **sorgter Menschen**

19 SR Rechsteiner informiert über das BG über die Rehabilitation administrativ versorgter
20 Menschen. Er gibt Auskunft über die Entstehungsgeschichte der Vorlage und über die aufge-
21 tauchten und überwundenen Hürden. Die Frage der Entschädigung sei nicht konsensfähig
22 und deshalb nicht Gegenstand der Initiative gewesen. Dank der Geschlossenheit der Befür-
23 worter der Vorlage habe diese umgesetzt werden können und der Gesetzesentwurf sei in der
24 Vernehmlassung grösstenteils auch gutgeheissen worden. Im Zusammenhang mit den Ar-
25 chiven würden noch einzelne Fragen bestehen. Es sei jedoch erklärtes Ziel, dass das Ge-
26 setz in der September- oder in der Dezembersession 2013 durch den Nationalrat komme.
27 Mehr als jetzt im Gesetzesentwurf stehe, werde man kaum erreichen können. Er weist dar-
28 auf hin, dass der Bundesrat ebenfalls noch die Möglichkeit zur Stellungnahme haben werde.

29 SR Rechsteiner betont, dass die Frage der Entschädigung Gegenstand des RT bleiben
30 müsse. Falls die historische Aufarbeitung im Rahmen der Vorlage ausgeweitet werden solle,
31 müsse dies durch den Bundesrat eingebracht werden. Der Prozess sei schon zu weit fortge-
32 schritten.

33 SR Rechsteiner bietet dem RT auch für die Zukunft seine Unterstützung an.

34 Der Delegierte dankt SR Rechsteiner und fasst zusammen, dass das BG ein Meilenstein
35 darstelle.

36 Frau Biondi betont die Wichtigkeit des BG. Die administrativ Versorgten würden sich dafür
37 einsetzen, dass sich das Geschehene nicht wiederhole. Herr Huonker dankt SR Rechsteiner
38 und verweist auf die Möglichkeit, dass die Arbeiten des RT in einem Gesetz münden.

39 SR Rechsteiner betont, dass die Initiative zur Vorlage von den Betroffenen - und insbeson-
40 dere von Frau Biondi - stammte. Die Zukunftsorientierung der Fragestellung sei entschei-
41 dend gewesen.

42 Der Delegierte führt aus, dass der RT die Informationen zum BG zu Kenntnis nehme. Der RT
43 unterstütze das Gesetzgebungsprojekt. Für andere Opferkategorien würden ähnliche Frage-
44 stellungen bestehen wie bei den administrativ Versorgten; insbesondere die historische Auf-
45 arbeitung. Insofern sei die Vernehmlassung ein Stimmungsmesser gewesen. Man dürfe
46 sich jedoch nicht auf einzelne Modelle fixieren. Der RT nehme zur Kenntnis, dass das BG

1 keine finanziellen Ansprüche regle. Dies bedeute jedoch nicht, dass die Aufarbeitung am RT
2 finanzielle Ansprüche ausschliesse.

3 Frau Biondi verweist auf das Dokument des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes
4 betreffend die Behandlung der Anliegen von verwarnten Sexualstraftätern am RT. Der Dele-
5 gierte nimmt die Ausführungen zustimmend zu Kenntnis.

6 **5. Antrag für eine Empfehlung für ein Rechtsgutachten durch das Schweizerische** 7 **Institut für Rechtsvergleichung**

8 Der Delegierte informiert über die erfolgte Zusammenkunft mit dem Schweizerischen Institut
9 für Rechtsvergleichung in Lausanne. Es sei wichtig zu wissen, wie andere Länder mit dieser
10 Problematik umgehen und welche Entschädigungen gesprochen worden seien.

11 Frau Aebischer erkundigt sich bei Herrn Huonker, ob der Gutachterauftrag über seinen Arti-
12 kel hinaus gehe. Herr Huonker führt aus, dass sein Artikel aus historischer Perspektive er-
13 folgt sei, wobei er auch rechtliche Elemente berücksichtigt habe. Er unterstütze den weiter-
14 gehenden Gutachterauftrag, der insbesondere auch rechtliche Fragen beleuchte. Es dürfe
15 aber nicht sein, dass deswegen die dringlichen Fragen herausgeschoben würden.

16 Der Delegierte informiert, dass die Formulierung des Auftrages in Kenntnis der Arbeit von
17 Herrn Huonker erfolgt sei.

18 Herr Schüpbach verweist auf die Berichterstattung auf ZDF, die den RT in Deutschland the-
19 matisiere. Er gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass wir aus den Fehlern des RT in Deutsch-
20 land lernen können. Der Delegierte bekräftigt dies. Er verweist insbesondere auf die parität-
21 ische Zusammensetzung des RT.

22 Beschluss: Der Gutachterauftrag an das SIR wird stillschweigend gutgeheissen.

23 **6. Diskussion zum Arbeitsprogramm für das Jahr 2013**

24 Der Delegierte verweist auf die Notwendigkeit, dass verschiedene Fragen parallel laufen
25 sollen. Die Punkte Archive und Anlaufstellen seien bereits thematisiert worden. Er eröffnet
26 die Diskussion.

27 **6.1. Finanzielle Fragen**

28 Herr Jost verweist auf seinen Antrag. Er beantragt eine schnelle Hilfe für die Betroffenen.
29 Dies müsse nicht im Sinne seines Antrages sein. Er fügt an, dass die Anlaufstellen durch
30 motivierte Personen zu besetzen seien. Der Delegierte ergänzt, dies gehe in Richtung des
31 Votums von Herrn Pöschmann.

32 Herr Huonker verweist auf die eingereichten Anträge der organisierten Betroffenen. Das
33 dringlichste Anliegen sei der Härtefallfonds. Er bittet den Delegierten, auf die Anträge einzu-
34 treten. Falls dies heute nicht möglich sei, seien die Gespräche möglichst bald fortzusetzen.

35 Frau Hanselmann führt aus, dass im Hinblick auf die heutige Sitzung verschiedene Anträge
36 eingereicht worden seien. Sie schlägt vor, im Hinblick auf die nächste Sitzung dem BJ und
37 der Finanzverwaltung den Antrag zu unterbreiten, verschiedene Finanzierungsmodelle zu
38 erarbeiten.

39 Herr Pöschmann äussert die Idee, dass ein Drittel je durch Bund, Kantone und Verursacher
40 zu tragen wäre.

41 Antrag: Der Delegierte knüpft an, dies sei bereits eine konkrete Variante. Er ergänzt, sein
42 Anliegen sei, dass die vorgeschlagene Lösung politisch durchsetzbar sei. Er verweist - in
43 Anknüpfung an das Votum von SR Rechsteiner betreffend BG Rehabilitation administrativ

- 1 Versorgte - auf seine gemachten Erfahrungen, dass wenn der Bund nichts bezahle, auch
2 Zahlungen der Kantone und Gemeinden ausbleiben würden. *Im Hinblick auf den zweiten RT*
3 *sollten Möglichkeiten oder Modelle von möglichen finanziellen Leistungen aufgezeigt wer-*
4 *den, die zur Diskussion gestellt werden können.* Die Frage sei, wer diese Modelle erarbeite.
5 Er regt an, auf beiden Seiten (Behörden/Betroffene) je zwei Personen zu bezeichnen, die er
6 als Ausschuss bei Fragen hinzuziehen könnte. Die Art und Weise der Bearbeitung möchte er
7 noch offen lassen.
- 8 Frau Aebischer verweist auf ihren ersten Antrag. Sie macht beliebt, auch die Universitäten
9 und Fachhochschulen mit einzubeziehen. Es sei breit zu denken und auch zu Quantifizieren,
10 wie viele Betroffene es gebe und deren allfällige Bedürftigkeit zu erheben. Auch der Beizug
11 von Experten sei nicht ausgeschlossen.
- 12 Der Delegierte macht beliebt, die Art und Weise der Aufarbeitung offen zu lassen. Der Bei-
13 zug von Experten sei nicht ausgeschlossen.
- 14 Frau Oetliker unterstützt den Vorschlag des Delegierten. Sie gibt zu Bedenken, dass dies
15 das kurzfristige Problem nicht löse. Sie schlägt vor, dass beim Antrag des Delegierten - Zu-
16 sammenstellung von Möglichkeiten oder Modellen von möglichen finanziellen Leistungen -
17 auch abgeklärt werde, ob und wie einzelne Städte und Gemeinden pragmatische Lösungen
18 zur finanziellen Entschädigung von Opfern fürsorgerischer Zwangsmassnahmen bereits rea-
19 lisiert haben. Diese könnten dann allenfalls im Sinne von Best Practices weitergegeben wer-
20 den.
- 21 Der Delegierte verweist auch auf die Möglichkeit, die Frage mit den Sozialversicherungen
22 aufzunehmen.
- 23 Beschluss: Der Delegierte fasst zusammen: Im Hinblick auf den 2. RT werden Modelle für
24 mögliche finanzielle Leistungen aufgezeigt und diskutiert.
- 25 Herr Claude verweist auf die Härtefalllösung des Kantons Waadt.
- 26 Herr Huonker verweist auf die eingereichten Anträge und die vorhandenen Fonds in den
27 Städten, Kantonen und beim Bund. Es sei ein Überblick zu erstellen, welche Fonds vorhan-
28 den seien und wie ihre Zweckbestimmung aussehe. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, dass
29 einzelne Fonds ihre Zuständigkeit bejahen könnten.
- 30 Herr Leuenberger knüpft am Votum von Frau Aebischer an betreffend Anzahl von Betroffe-
31 nen. Je nach Definition der Opfergruppen falle die Zahl sehr hoch aus. Bis Mitte des letzten
32 Jahrhunderts seien rund 10% der Kinder nicht bei ihren eigenen Eltern aufgewachsen. Es sei
33 entsprechend vielmehr von mehreren 10'000 auszugehen. Dies sei bei den Finanzierungs-
34 modellen zu berücksichtigen.
- 35 Der Delegierte fordert die Teilnehmenden des RT auf, ihm allfällige bekannte Fonds zu mel-
36 den.
- 37 Herr Huonker ergänzt, dass neben dem dringlichen Härtefallfonds auch weitere finanzielle
38 Forderungen im Raum stehen würden. Die generelle Entschädigungsfrage sei frühzeitig auf-
39 zunehmen.
- 40 Der Delegierte fügt an, dass durch seine Formulierung auch der Härtefallfonds erfasst wer-
41 de.
- 42 Frau Waser erkundigt sich, was heute noch zu besprechen sei, bevor ein Härtefallfonds als
43 beantragt gelte. Sie stehe vor dem Problem, dass sie auch gegenüber weiteren Betroffenen
44 Auskunft erstatten müsse. Der Delegierte verweist auf die Sitzung vom 16. Mai 2013. Emp-
45 fehlungen seien zu adressieren und Lösungswege seien aufzuzeigen. Diese Grundlagen
46 würden fehlen. Die nächste Frage sei jene der Finanzierung und der Umsetzung. Frau Han-
47 selmann versteht die von Frau Waser geäusserten Schwierigkeiten. Wenn rasch kommuni-

- 1 ziert werde, würden jedoch auch falsche Hoffnungen geschafft und evtl. auch ungerechte
2 Lösungen getroffen. Dies müsse im Hinblick auf die nächste Sitzung vorbereitet werden.
- 3 Frau Biondi bekräftigt, es gehe um Rückerstattungen und nicht um Almosen.
- 4 Herr Schüpbach bekräftigt, es müsse möglich sein, ein Sofortfonds zu schaffen. Der Dele-
5 gierte erwidert, er nehme dieses Anliegen auf.
- 6 Herr Huonker erkundigt sich, wann der RT die nächste Sitzung habe und was bis dann an-
7 zugehen sei. Falls die nächste Sitzung erst im Oktober wäre, würde der Dringlichkeit des
8 Härtefallfonds nicht genüge getan.
- 9 Der Delegierte führt aus, dass es nicht gelingen werde, fundierte Unterlagen vor Oktober
10 erhältlich zu machen.
- 11 Herr Gnädinger verweist auf das unterschiedliche Zeitempfinden. Wenn man relativiere, dass
12 am 11. April der Gedenk Anlass statt gefunden habe und Mitte Oktober finde bereits die zwei-
13 te Sitzung des RT statt, an welcher qualifizierte Unterlagen vorliegen werden, sei dies eine
14 ziemlich "zügige" Aktion für Schweizer Verhältnisse.
- 15 Der Delegierte sichert zu, er werde sich bemühen. Frau Hanselmann bekräftigt, es seien
16 politisch mehrheitsfähige Varianten zu erarbeiten. Solche würden nicht über Nacht entste-
17 hen. Die Frage sei, wie das rasche Vorgehen vorangetrieben werden könne. Es stelle sich
18 auch die Frage, wer Empfänger von finanziellen Leistungen sei.
- 19 Beschluss: Der Delegierte versichert, der RT werde neben der Erarbeitung möglicher Finan-
20 zierungsmodelle auch pragmatische Lösungen ausloten.
- 21 Herr Huonker erläutert, die Vertreter der Betroffenen würden für Ausschüsse/Arbeitsgruppen
22 zur Verfügung stehen. Die Betroffenen könnten auch bei der Abklärung der Frage, wer leis-
23 tungsberechtigt sei, mitwirken. Der Finanzierungsschlüssel sei aber nicht durch die Betroffe-
24 nen festzulegen.
- 25 Frau Biondi weist darauf hin, dass es nicht nur um Geld gehe. Die Betroffenen würden Ge-
26 nugtuung für das Geschehene Unrecht verlangen. Die Betroffenen seien keine Ware.
- 27 Der Delegierte verweist auf die verschiedenen Facetten des Themas - auch auf die Gesell-
28 schaftspolitische.
- 29 Herr Baud wünscht, dass bei der heutigen Pressemitteilung die finanziellen Fragen im Hin-
30 blick auf den zweiten RT festgehalten werden und das Ganze nicht völlig verschwiegen wer-
31 de. Es müsse gesagt werden, dass keine Entscheidung getroffen worden sei, dass das
32 Thema aber auf dem Tisch sei.

33 **6.2 Historische Aufarbeitung**

- 34 Antrag: Der Delegierte erkundigt sich, wo Forschungsbedarf bestehe. Er beantragt, den Ver-
35 tretern der Wissenschaft den Auftrag zu erteilen, bis zum 2. RT Lösungsvorschläge für die
36 historische Aufarbeitung aufzuzeigen.
- 37 Frau Hauss bekräftigt die Wichtigkeit der Verbindung der Wissenschaft mit dem RT. Gemäss
38 ihrer Erfahrung seien vor allem interdisziplinäre Forschungsgruppen erfolgsversprechend.
39 Der nächste RT komme sehr schnell. Bis dann könnten nicht alle Themen aufgezeigt wer-
40 den.
- 41 Frau Aebischer fügt den Wunsch an, dass die Wissenschaftler auch Vorstellungen äussern,
42 wie die Organisation der Aufarbeitung erfolgen soll (z.B. historischer Beirat). Bei der histori-
43 schen Aufarbeitung könne es nicht in erster Linie um eine juristische Aufarbeitung gehen,
44 sondern es sollten vor allem die pädagogischen, religiösen, organisatorischen, finanziellen

1 und politischen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf den Heimaltag, bzw. das
2 Leben in der Pflegefamilie untersucht werden.

3 Herr Huonker erkundigt sich über die Aufschaltung des "Berichtes Lengwiler". Frau Müller
4 informiert, dass die Aufschaltung nach der formellen Bereinigung erfolge. Die Sitzungsteil-
5 nehmenden würden per Mail über die Aufschaltung informiert werden. Herr Huonker infor-
6 miert über seine Vorstellungen der historischen Aufarbeitung gemäss den Anträgen.

7 **6.3 Rechtliche Grundlagen und Zuständigkeiten**

8 Antrag: Der Delegierte beantragt, das Bundesamt für Justiz solle im Hinblick auf den 2. RT
9 eine Auslegeordnung über die rechtlichen Grundlagen und Zuständigkeiten von sämtlichen
10 Opferkategorien für die Jahre 1912 bis 1981 erarbeiten. Es handle sich hierbei um Grundla-
11 genarbeit.

12 Eine weitere Frage bestehe in den Grundrechtsverletzungen. Dies sei jedoch ein anderes
13 Thema.

14 **7. Weitere Termine**

15 Der Delegierte kündigt eine Doodle-Umfrage an, die in der zweiten Hälfte Juni erfolgen wer-
16 de.

17 **8. Kommunikation**

18 Antrag: Der Delegierte informiert, dass er bis zum 1. RT die Namen der TeilnehmerInnen
19 nicht bekannt gegeben habe. Er schlägt vor, dass die Übersicht der Vertretungen und Stell-
20 vertretungen auf der Homepage aufgeschaltet werden sollen. Beschluss: Annahme.

21 Herr Galli hält zusammenfassend fest, es sei eine konstruktive Sitzung mit substantiellen
22 Beschlüssen gewesen. Wichtige Aussagen seien: Anwesenheit der Bundesrätin Sommaru-
23 ga; die Wichtigkeit des schnellen Fortschreitens; die Aufgaben des RT inkl. die Abklärung
24 möglicher Finanzierungsmodelle; die Aufträge an die Archivare, Historiker und an das Bun-
25 desamt für Justiz.

26 **9. Verschiedenes**

27 Frau Keller erkundigt sich bei Herrn Galli, wann die Medienmitteilung publiziert werde und ob
28 über den Zeitpunkt des nächsten RT informiert werde. Herr Galli informiert, dass die Me-
29 dienmitteilung noch heute veröffentlicht werde. Es könne auch kommuniziert werden, dass
30 der 2. RT zweite Hälfte Oktober stattfinden werde.

31 Frau Biondi erkundigt sich, wie gegenüber der Öffentlichkeit kommuniziert werden soll. Der
32 Delegierte verweist diesbezüglich auf die Medienmitteilung.

33 Frau Hanselmann macht beliebt, dass die Medienmitteilung den TeilnehmerInnen des RT
34 versendet werde. Der Vorschlag findet breite Zustimmung.

35 Der Delegierte schlägt zudem vor, im Anschluss an spätere RT (mit materiellen Beschlüs-
36 sen) allenfalls eine gemeinsame Pressekonferenz einzuberufen.

37 Frau Hilafu erkundigt sich, wann juristische Diskussionen stattfinden werden, z.B. in Bezug
38 auf das Adoptionsgeheimnis. Frau Müller und Frau Hilafu werden den Stand der Vorlage
39 noch bilateral besprechen.

40 Frau Hauss erkundigt sich, ob der Mailversand auch an die Stellvertretung erfolgen könne.
41 Dieses Anliegen wird aufgenommen.

- 1 Der Delegierte macht beliebt vor, den Versand von Unterlagen künftig über das Sekretariat
2 laufen zu lassen.
- 3 Frau Aebischer erkundigt sich, wie die Einsetzung des Ausschusses erfolgen werde. Sie
4 stellt die Anschlussfrage des Budgets. Der Delegierte informiert betreffend Budget, er gehe
5 zurzeit pragmatisch vor, um die Handlungsfähigkeit des RT zu ermöglichen. Zum Ausschuss
6 fordert er beide Seiten auf, je zwei Delegierte als TeilnehmerInnen zu bestimmen.
- 7 Frau Hanselmann gibt zu bedenken, ob die Einsetzung des Ausschusses nicht themenspezi-
8 fisch zu erfolgen habe. Der Delegierte bestätigt die Möglichkeit von Ad hoc Ausschüssen.
- 9 Herr Gnädinger empfiehlt dem RT, dem Delegierten die Möglichkeit einzuräumen, Ad hoc
10 Ausschüsse einzuberufen. Dieser Vorschlag findet breite Zustimmung.
- 11 Herr Oberholzer informiert, dass auch die Heime beim Informationsaustausch behilflich sein
12 können. Er wird bei Curaviva beliebt machen, Handlungskompetenzen betreffend Aktenein-
13 sicht zu vermitteln.
- 14 Der Delegierte schliesst die Sitzung des 1. RT und dankt für die sehr gute Diskussion, das
15 offene Gespräch und die Bereitschaft, am RT mitzuwirken.

16 10. Übersicht über die gefällten Beschlüsse

Thema	Inhalt	Auftrag	Wer	Frist
Arbeitspapiere	Verabschiedung der Dokumente "Konzept und Aufgaben" und "Arbeitsweise und Grundsätze der Zusammenarbeit"			
Zusammensetzung RT	Aufstockung um je zwei TeilnehmerInnen auf Seiten Betroffene und auf Seiten Kantone/Städte/Gemeinden	Erennungung der neuen TeilnehmerInnen	Delegierte zusammen mit den Betroffenen sowie Kantone/Städte/Gemeinden	
Archive	Auslegeordnung bestimmter Kernfragen	Präsentation am 2. RT	Staatsarchive/ Herr Gnädinger	2. RT
Rechtsvergleichung	Gutachterauftrag an das SIR Aufzeigen und Diskussion von Modellen für mögliche finanzielle Leistungen	Auftragserteilung SIR	BJ	umgehend
Finanzielle Fragen	Zudem: Neben der Erarbeitung möglicher Finanzierungsmodelle sind auch pragmatische Lösungen auszuloten	vgl. Inhalt	Delegierter unter Beizug von Ausschüssen, Experten usw.	2. RT
Historische Aufarbeitung	Aufzeigen von möglichen Lösungsvorschlägen für die historische Aufarbeitung	vgl. Inhalt	Wissenschaftliche Vertreter am RT	2. RT
Rechtliche Grundlagen	Erarbeitung einer Auslegeordnung über die rechtlichen Grundlagen und Zuständigkeiten von sämtlichen Opferkategorien für die Jahre 1912 bis 1981	vgl. Inhalt	BJ	2. RT
Kommunikation	Bekanntgabe der Zusammensetzung des RT	Aufschaltung auf der Homepage	Sekretariat Delegierter	umgehend

1 *Verbal*: Sitzungsende: 16.30 Uhr